Wia de mia

Ludwig Volkholz aus Feßmannsdorf, Veteran bayrischer Nachkriegspolitik, macht sich nun der ganzen Republik bekannt – als Kandidat für die Europawahlen.

Gern hätte sich Ludwig Volkholz, 60, vor dem Fernsehpublikum über Vera Brühne („Tierquälerei"), über Karl Carstens („Bombenfester Meineid") oder den CSU-Europäer Otto von Habsburg („Der soll froh sein, daß 'n da Filbinger net dawischt und aufg'hängt hat") geäußert.

Doch der Vorsitzende der „Christlichen Bayerischen Volkspartei" aus dem Bayerischen Wald und Europa-Kandidat der „Liga der Volksparteien Europas" durfte sich in seinen vier TV-Spots und 40 Wahleinblendungen im Rundfunk dann doch nur vergleichsweise gemäßigt über seine Konkurrenten auslassen: „Uns können die alle mit ihren geschmalzenen Europa-Parolen den Buckel herunterrutschen."

Volkholz, der in seiner engeren Heimat die Monarchie und Bayrisch als „mündliche Amtssprache" einführen möchte, kämpft auf europäischer Ebene gegen Kernkraft („Die Atomwerber gehören in ein europäisches Narrenhaus") und für einen „europäischen Tierschutz", gegen schulische Dauerreformen und für eine „totale Verstaatlichung der Ölindustrie". Sogar die „Fangrechte für unsere Fischereiflotte" liegen dem Bayern am Herzen.

Jahrelang hat Volkholz als Bundestagsabgeordneter, Landtagsabgeordneter und niederbayrischer Vorsitzender die Bayernpartei vertreten, die bei den Landtagswahlen 1950 noch 17,9 Prozent der Stimmen errang, doch später durch Prozesse, Spaltungen und Wahlmißerfolge zur Bedeutungslosigkeit schrumpfte. Eine Zeitlang versuchte Volkholz sein Glück als Niederbayern-Vorsitzender der FDP. Nach Wildbad Kreuth wollte er sogar einen CDU-Landesverband gründen.

Am Ende aber blieb er seiner Christlichen Bayerischen Volkspartei mit dem Untertitel „Bayerische Patriotenbewegung" treu, die er aus der Konkursmasse der Bayernpartei abgezweigt hat. Als Politiker im bayrischen „Untergrund" verzichtet er vorsorglich auf Mitgliederlisten. Er befehligt lieber eine „Geisterarmee, weil man die nicht fassen oder verfolgen oder unterdrükken kann".

Anders als die Kandidaten der Bonner Parteien verzichten die zwölf Bewerber der Christlichen Bayerischen Volkspartei auf Stellvertreter. Volkholz: „Wir halten die fünf Jahre leicht durch und brauchen nicht wie die anderen Pensionistenvereine Ersatzleute, die einspringen müssen, wenn die Originale nicht mehr können."



Europa-Kandidat Volkholz: „Herrgott, bestraf diese Brüder"

Vorsorglich hat der Parteichef, wie „die Grünen", eine einstweilige Anordnung beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe beantragt, um die Fünf-Prozent-Klausel zu Fall zu bringen. Volkholz argumentiert dabei nicht nur verfassungsrechtlich, sondern auch kartellrechtlich: „Die großen Parteien san doch längst Erwerbsbetriebe und sichern sich mit solchen Klauseln ihre Einkünfte."

Doch auch für den „Jagerwiggerl", wie man ihn zu Hause in Feßmannsdorf nennt, ist die Politik längst zum einzigen Erwerb geworden, wenn auch „gezwungenermaßen". Denn durch einen in Bayern für einen gestandenen Politiker nicht unbedingt rufschädigenden Meineidsprozeß wurde Volkholz einerseits politisch geadelt, andererseits aber auch wegen seiner unbeugsamen Trutzhaltung in seiner Bewegungsfreiheit stark eingeengt.

Der frühere Oberförster, der im bayrischen Landtag per Hammelsprung die Schnupftabaksteuer tilgen ließ und im Bundestag bei einem Wortgefecht mit Franz Josef Strauß eine „Lippenstiftsteuer" forderte, wurde wegen einer zehnmonatigen Gefängnisstrafe aus dem Staatsdienst entlassen („Das erschte lebenslängliche Berufsverbot") und verlor durch eine „Lex Volkholz" (Volkholz) auch noch die Wählbarkeit als kommunaler Beamter in Bayern.

Der ehemalige Bürgermeister von Kötzting und Vater von fünf Kindern umging die Sperre mit familiärer Hilfe: Ehefrau Paula kandidierte und wurde prompt die erste und einzige Landrätin in Bayern. Die Tochter eines Tiroler Landeshauptmanns bestritt ihren Wahlkampf hauptsächlich mit Jodeln und Tanzen, und zwar so eindrucksvoll, daß der örtliche CSU-Widersacher Max Fischer (heute Staatssekretär im bayrischen Umweltministerium) auf seinen Versammlungen bald auch zu jodeln anfing — laut Volkholz freilich „hauptsächlich, wenn er bsuffa war".

Obschon die „Lex Volkholz" vom Berliner Bundesverwaltungsgericht längst für illegal erklärt wurde, bleibt der frühere Waldhüter, der jetzt als Weinhändler „im Monat mit zwoahundert Markl auskummt", im Freistaat ohne Fortüne. Ehefrau Paula ist wegen zu kurzer Dienstzeit „die oanzigste Landrätin, die koa Pension kriagt" (Volkholz); und ihm selber wird das politische Leben durch abgefeimte Hinterfotzigkeiten schwergemacht — besonders vor Wahlen.

Wenige Tage vor der vorletzten Landtagswahl zum Beispiel setzte der örtliche Amtsrichter einen Strafsachentermin gegen Volkholz an, um dort in schöner Ausführlichkeit zu erörtern, ob Volkholz den Ermittlungsrichter angelogen hatte, als er sagte, er habe seine Ehefrau Paula seiner Erinnerung nach niemals geschlagen.

Volkholz wurde zwar zwei Jahre danach von der höheren Instanz wegen erwiesener Unschuld freigesprochen, doch mit seiner Wahlanfechtung wegen



Volkholz-Ehefrau Paula*
Wahlkampf mit Jodeln und Tanzen

der verminderten Chancen durch den aufsehenerregenden Prozeß drang er nicht durch.

Jetzt, vor den Europawahlen, machte der Erzwidersacher Max Fischer in einer Wahlanfechtung den Verdacht publik, Volkholz habe die nötigen Unterschriften für seine Liste nur zusammengebracht, weil er den Waldmenschen vorgemacht habe, es gehe nicht um die Europawahl, sondern um die neue urologische Abteilung des örtlichen Krankenhauses.

„Ich laure auf den Tag der Revanche", verkündete der Kandidat unheildräuend, „damit ich's dene genauso mach wia de mia." In der Kirche betet der christlich-bayrische Politiker: „Herrgott, bestraf diese Brüder!"

KERNKRAFT

Aus dem Netz

In westdeutschen Kernkraftwerken wird der Lagerraum für verbrauchtes Spaltmaterial knapp. Wenn die Gerichte eine „Kompaktlagerung" ablehnen, stehen bald Meiler wegen ungesicherter Entsorgung still.

Michael Sailer, Student der Chemie aus Darmstadt, redete ins Mikrophon, als ihm schon längst das Wort entzogen war. Verärgert schaltete der Verhandlungsleiter den Strom ab.

Sailer ging, nachdem er, gemeinsam mit seinen Getreuen, noch eine Gedenkminute für die „zu erwartenden Opfer" der Beinahe-Katastrophe von Harrisburg eingelegt hatte.

Es waren die Vertreter von 10 140 Umweltschützern und Kernkraftgegnern, die das gesetzlich vorgeschriebene atomrechtliche Anhörungsverfahren letzten Monat in der Riedhalle zu Biblis verließen. „Die wollten uns gar nicht anhören", begründet Bürgerinitiativen-Sprecher Eduard Bernhard den Auszug, „alles sollte hopplahopp über die Bühne gehen."

Erörtert werden sollte ein Problem, das für die Energiepolitiker in Bonn und in den Ländern, aber auch für die Kraftwerksunternehmen immer dringlicher wird: die Lagerung des atomaren Mülls — rund 600 Tonnen abgenutzte Brennstäbe, die jährlich in den bundesdeutschen Reaktoren anfallen und in Wasserbecken so gelagert werden müssen, daß die Radioaktivität abklingt und nicht nach außen dringen kann.

Einmal pro Jahr muß in den bundesdeutschen Atomkraftwerken ein Drittel der Kernladung gegen frische Brennelemente ausgetauscht werden, bei einem Druckwasserreaktor vom Typ Biblis sind das jeweils einige tausend gebündelte Brennstäbe mit 34 Tonnen Uran. Die aus dem Reaktorkern ausgeladenen Brennstäbe kommen zunächst für rund 200 Tage in ein mit Borwasser gefülltes Betonbecken, in dem die radioaktive Strahlung so weit abklingt, daß die Brennstäbe in dickwandigen, mit Stahl und Blei ummantelten Behältern abtransportiert werden können.

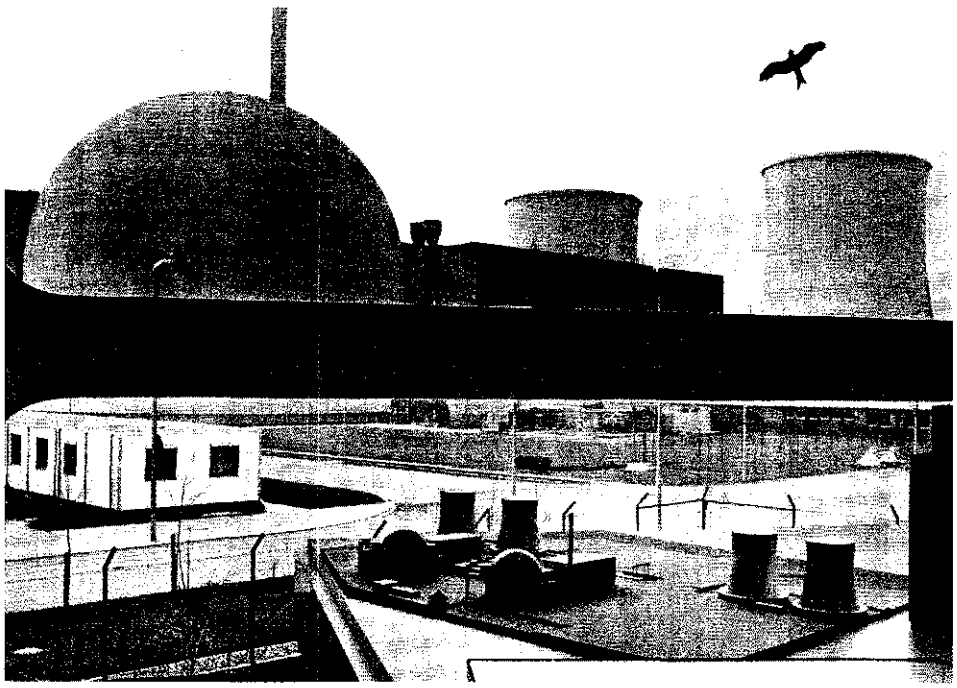
Im südhessischen Biblis sind, wie auch anderswo, die Abklingbecken voll. Um mehr abgebrannte Stäbe aufbewahren zu können, wollen die Politiker erlauben, die Lagergestelle in den Meilern wesentlich dichter mit hochradioaktiven Brennstäben zu bepacken — statt gut 300 Brennelementebündeln wie bisher mit künftig 600 in jedem der beiden Reaktorblöcke.

„Grundsätzliche Bedenken" gegen die kompakte Lagerung, zog Ministerialrat Ulrich Thurmann, Leiter des Energie-Referats im hessischen Wirtschaftsministerium, nach der Anhörung befriedigt das Fazit, „sind uns nicht bekanntgeworden. Der Genehmigungsbescheid wird vorbereitet."

Was die Hessen, spätestens bis Herbst, genehmigen wollen, hat der Biblis-Betreiber, die Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk AG (RWE), vorsorglich schon mal eingebaut, wenn auch nicht in Betrieb genommen. Die „Kompaktlager", mit Borkarbidplatten ausgelegte Fächer, in denen die Brennelemente künftig dicht nebeneinander wie Bierflaschen in Kästen (statt wie bisher mit Leerfächern dazwischen) verstaut werden sollen, sind seit vergangenem Jahr installiert. Wird die atomare Zusatzpackung bis Oktober nicht zugelassen, stehen in Europas größtem Kernkraftwerk Biblis, wie Thurmann befürchtet, „die Mühlen bald still".

Zusätzlicher Lagerraum für die abgebrannten Brennstäbe ist in den meisten westdeutschen Atomkraftwerken dringend erforderlich, weil die Atomunternehmen den strahlenden Müll vorerst nicht loswerden. Energiepolitiker in Bund und Land haben für die Reaktoren etwa so vorgeplant wie Architekten, die einen Wohnsilo bauen, ohne den Mietern zu sagen, wo sie ihren Abfall hinwerfen sollen.

Ohne „gesicherte Entsorgung" aber, die geregelte Beseitigung aller radioaktiven Abfälle, lassen bundesdeutsche



Kernkraftwerk Biblis*: Mogelpackung für den Müll

* Oben: Das Ölgemälde zeigt Paula Volkholz; unten: ein Modell beider Reaktorblöcke (vorne).